

LINKS BE

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
197 · Ausgabe BE · November 2021



Endlich bessere Arbeitsbedingungen für das Pflegepersonal!

OB IM SPITAL, IN DER SPITEX ODER IN DER LANGZEITPFLEGE – ÜBERALL FEHLEN PFLEGEKRÄFTE, STELLEN KÖNNEN NICHT MEHR BESETZT WERDEN ODER WERDEN GAR NICHT MEHR AUSGESCHRIEBEN. DIESER TREND HAT SICH MIT DER COVID-19 PANDEMIE NOCH VERSTÄRKT. LEIDTRAGENDE SIND DIE PATIENTINNEN UND PATIENTEN. SIE SPÜREN TAG TÄGLICH, WAS ES BEDEUTET, WENN PERSONAL FEHLT.



Manuela Kocher-Hirt, Präsidentin SBK (Pflegefachpersonalverband) Bern, Grossrätin Worben

Längst ist es für alle offensichtlich: Im Berner Gesundheitswesen läuft nicht alles rund. Das Inselspital schliesst im Spital Münsingen die Geburtenabteilung und die beiden psychiatrischen Kliniken schliessen je eine Abteilung. Grund: Personalmangel. Auch andere Spitäler schliessen Betten, weil das Personal fehlt und die Sicherheit der Patienten nicht mehr gewährleistet ist. Auf dem Höhepunkt der Pandemie war unser Gesundheitssystem überlastet – es konnten nur noch dringend notwendige Operationen durchgeführt werden.

Aber die aktuelle Rationierung ist eine direkte Folge des Personalmangels und wäre zu vermeiden gewesen. Über 46 Prozent der Pflegenden haben vor der Pandemie den

Beruf verlassen, weil die Belastung zu gross und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf schwierig. Sie werden den Anforderungen nicht mehr gerecht, werden krank und brennen aus.

Es braucht dringend griffige Massnahmen

Die Pflegeinitiative zeigt Lösungen auf. Neben einer Ausbildungsinitiative will sie eine bessere Finanzierung der pflegerischen Leistung, um mehr Stellen in der Pflege zu schaffen. Auf diese Weise kann die Arbeitslast für die Pflegenden verringert werden. Aus Studien wissen wir, dass die Anzahl Pflegefachpersonen pro Patienten massgeblich über die Qualität der Pflege entscheidet, dass Kosten eingespart und viele Hospitalisationen vermieden werden können. Leider unterstützt der Bundesrat die Pflegeinitiative nicht. Sie geht ihm zu weit und er sieht die Arbeitgeber, die Kantone und die Sozialpartner in der Pflicht, für bessere Arbeitsbedingungen zu sorgen. Für die aber SP ist klar: Es braucht ein Ja zur Initiative.

Ohne Initiative wird sich nichts ändern

Gespräche mit Pflegenden zeigen mir, sie klammern sich an die Pflegeinitiative. Mit der Initiative können wir die Pflegenden zurück

in den Beruf holen, Junge für den Beruf begeistern und im Beruf halten. Die Pflegenden lieben ihren Beruf – aber er braucht die nötigen Rahmenbedingungen und für diese sind nur zu einem Teil die Arbeitgeber verantwortlich. Bund und Kantone haben auch entscheidende Kompetenzen.

Die Pflege ist auf alle drei Player angewiesen:

- Die Arbeitgeber, weil sie mehr Stellen für die Pflege schaffen und in bessere Arbeitsbedingungen investieren können.
- Die Kantone, weil sie die Personalschlüssel in der Langzeitpflege und die Bildungsbudgets für die Pflegeausbildung bestimmen und für kostendeckende Tarife sorgen müssten.
- Den Bund, welcher die Eigenständigkeit des Pflegeberufes regeln, eine bessere finanzielle Abgeltung der Pflegeleistung sichern und eine Verhältniszahl zur Qualitätssicherung festlegen kann.

Diese Aufteilung der Kompetenzen beeinflusst die Bemühungen der Sozialpartner sehr stark. Nur mit der Annahme der Initiative können die Rahmenbedingungen in der Pflege verbessert und der Berner Bevölkerung auch in Zukunft eine gute Gesundheitsversorgung garantiert werden.

Afghanistan-Netzwerk der SP Migrant:innen: Nur gemeinsam sind wir stark

DAS AFGHANISTAN-NETZWERK DER SP MIGRANT:INNEN WILL DEN AFGHANEN UND AFGHANINNEN IN DER SCHWEIZ EINE STARKE POLITISCHE STIMME GEBEN. ES HAT EINEN 15-PUNKTE-AKTIONSPLAN ERARBEITET. ERSTES ZIEL IST EINE KRAFTVOLLE KUNDGEBUNG AM 20. NOVEMBER IN BERN.



Fereshte Akbari, Afghanistan Netzwerk der SP Migrant:innen, Zollikofen

«Mein Vater war in der afghanischen Armee Offizier. Wer jahrelang gekämpft hat, ist jetzt allein. Er und seine Angehörigen fürchten um ihr Leben. Es ist für mich sehr schwer, nicht helfen zu können.» «Der Westen darfsich jetzt nicht noch stärker von Afghanistan abwenden. Die afghanische Bevölkerung ist dringend auf Hilfe angewiesen. Viele haben ihr Einkommen verloren. Die grosse Dürre verschärft die Lage. Viele leiden Hunger.» «Meine

Belinda Nazan Walpoth, Grossrätin und Co-Präsidentin der SP Migrant:innen Bern, reichte mit anderen SP Grossrätinnen und Grossräten Anfang September eine dringliche Motion ein. Sie will den Regierungsrat beauftragen, den Bundesrat auffordern, mehr bedrohte Menschen aus Afghanistan aufzunehmen und mehr humanitäre Hilfe zu leisten.

Schwester lebt mit ihren Kindern in Kabul und hat sich irgendwo versteckt. Ihr Gesuch für ein humanitäres Visum blieb aber ohne Antwort.» «Meine Mutter lebt seit zwölf Jahren in der Schweiz. In ihrem Kanton hat sie aber keine Aussicht, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten. Sie gilt immer noch als Weggewiesene. Sprachkurse besuchen und Arbeit finden ist so fast unmöglich.»

Diese und viele weitere eindruckliche Zeugnisse legten Afghaninnen und Afghanen ab, die sich auf Einladung der SP Migrant:innen im September im Bundeshaus trafen. Viele sind SP Mitglieder. Dennoch kannten sich die meisten gegenseitig nicht. Umso wichtiger war dieser Austausch. Rasch kamen die Anwesenden überein, das Netzwerk Afghanistan im Rahmen der SP Migrant:innen weiter zu knüpfen. Nur miteinander sind wir stark und können unsere politische Stimme erheben.

Erstes Ziel war die Erarbeitung eines 15-Punkte-Aktionsplans. Das Netzwerk hat diesen an einem nächsten Treffen intensiv diskutiert und verabschiedet. Nun geht es darum, auf dieser Grundlage eine schweizweite Plattform aufzubauen. Nur breit vernetzt können wir politisch miteinander etwas bewirken.

Als nächsten Schritt will das Netzwerk am 20. November in Bern eine kraftvolle Kundgebung organisieren. Nun suchen wir die Unterstützung der bisher untereinander kaum koordinierten afghanischen Vereine in

der Schweiz und jene möglichst vieler Parteien und Organisationen.

Zwar ist Afghanistan aus den Schlagzeilen verschwunden. Die Probleme sind deswegen aber nicht kleiner geworden. Der Bundesrat darf die Anfrage der UNO nicht länger ignorieren, mehr Menschen aus Afghanistan aufzunehmen.

Die Schweiz kann und muss zusätzlich 10 000 besonders vulnerable Flüchtlinge aufnehmen, Familienzusammenführungen ermöglichen und humanitäre Visa entgegennehmen. Bis Anfang Oktober trafen in Bern 7800 Gesuche ein. Es ist beschämend zu vernehmen, dass davon bisher nur 3 positiv beantwortet wurden.

Parallel muss auch die humanitäre Hilfe für die afghanische Bevölkerung ausgebaut werden. Diese muss bedingungslos gewährt werden. Einziges Kriterium darf sein, ob sie gerecht verteilt wird und tatsächlich bei den Bedürftigen ankommt.

Zudem gilt es, die Lage der Afghanen und Afghaninnen in der Schweiz zu verbessern. Wer in der Schweiz lebt, wird langfristig nicht nach Afghanistan zurückkehren können. Wegweisungen müssen annulliert und der Aufenthaltsstatus von allen Afghanen und Afghaninnen verbessert werden. Andernfalls wird die Integration in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt stark erschwert. Das wäre mit hohen Folgekosten verbunden und liegt im Interesse von niemandem.



«Mehr Tempo beim Klimaschutz»

REGIERUNGSRAT CHRISTOPH AMMANN HAT ALS WIRTSCHAFTS-, ENERGIE- UND UMWELTDIREKTOR DES KANTONS BERN IN DEN LETZTEN VIER JAHREN GROSSE UMBRÜCHE ERLEBT UND MITGESTALTET. ER WÜNSCHT SICH KÜNFTIG EINE ROT-GRÜNE MEHRHEIT IM KANTON BERN, UM INNOVATION, KLIMASCHUTZ UND EINE NACHHALTIGE WIRTSCHAFT STÄRKER VORANZUBRINGEN.

Interview: Hannes Rettenmund

Was konntest Du in den letzten vier Jahren als Regierungsrat bewegen? Auf was bist du besonders stolz?

In meinem Präsidentschaftsjahr brach die Coronapandemie aus. Das war eine grosse Herausforderung und verlangte allen Verantwortlichen einen hohen Einsatz, Flexibilität, starke Nerven und Empathie ab. Die Gesundheit der Menschen stand im Zentrum, gleichzeitig ging es darum die Wirtschaft zu unterstützen und Arbeitsplätze zu erhalten. Wir haben innert kürzester Zeit eine Flut von Kurzarbeitsgesuchen bearbeitet und den Vollzug der Härtefall-Unterstützung für unsere Unternehmen aus dem Boden gestampft. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben in dieser schwierigen Situation sehr gute Arbeit geleistet, darauf bin ich stolz.

Was motiviert Dich, für weitere vier Jahre anzutreten?

Seit meiner Wiederwahl 2018 ist die Welt eine andere geworden. Die Covid-Pandemie, das grössere Bewusstsein für den Klimawandel, die Wahlen in den USA und die ganzen Vorkommnisse bei der Amtsablösung von Präsident Trump: Das sind nur einige Beispiele dafür, dass in den letzten vier Jahren viele

Gewissheiten erschüttert wurden. Doch auch Neues wurde möglich, denken wir nur an die Klimabewegung. Diesen Wandel müssen wir unbedingt nutzen und aktiv gestalten. Die letzten Jahre haben eindrücklich gezeigt, dass die Möglichkeiten der politischen Gestaltung doch grösser sind, als viele dachten.

Auch im direkten Umfeld. Meine Direktion ist gewachsen: Zu den Bereichen Wirtschaft, Arbeit, Landwirtschaft, Naturschutz und Wald kamen Umwelt und Energie hinzu. Das macht es spannend und ermöglicht uns zum Beispiel beim Klimaschutz vorwärts zu machen.

Du hast im September die Abstimmung zum Klimaartikel gewonnen. Wie geht es nun weiter?

Das klare Ja gibt uns Rückenwind. Das ist auch nötig: Wir haben weltweit und auch hier bei uns immense Herausforderungen zu bewältigen: Klimakrise, Artensterben, Digitalisierung. Nur wenn es uns gelingt, durch Innovation unsere Wirtschaft so aufzustellen, dass sie nachhaltiger produziert, werden wir langfristig eine florierende Wirtschaft und gute Arbeitsplätze in einer intakten Umwelt haben. Wir haben in meiner Direkti-

on eine Umweltstrategie erarbeitet und wir wollen mit dem Energiegesetz vorankommen. Die Wirtschaft, wir alle, sind auf genügend Energie angewiesen – und zwar auf erneuerbare Energie.

SP und Grüne gehen in die Offensive und wollen die Regierungsmehrheit zurückholen. Warum ist das wichtig und hat dieses Ansinnen eine Chance?

Die Zusammenarbeit in der Regierung ist fair, das Klima angenehm. Aber bei wichtigen Themen haben wir im bürgerlich dominierten Gremium keine Mehrheit, etwa in sozialen Fragen, bei der Gleichstellung, teilweise auch bei umwelt- und energiepolitischen Themen. Eine rot-grüne Mehrheit würde andere Akzente setzen. Deshalb lohnt es sich, dass wir uns für diese Wende einsetzen. Das wird nicht einfach. Aber es ist möglich, wenn wir sehr geschlossen auftreten. Wir drei Bisherigen haben gute Arbeit geleistet und bringen viel Erfahrung und Kompetenz mit. Und Erich Fehr hat als Stadtpräsident von Biel ebenfalls Regierungserfahrung und Macherqualitäten. Ich finde, unser Viererticket lässt sich sehen. Ich freue mich auf den Wahlkampf gemeinsam mit euch allen.

EDITH SIEGENTHALER NEU IM GROSSEN RAT



Seit dem 1. November ist Edith Siegenthaler Grossrätin für die SP im Wahlkreis Bern. Die 38 jährige promovierte Historikerin ist Präsidentin des Mieterinnen- und Mieterverbands Kanton Bern und arbeitet als Geschäftsführerin der Evangelischen Frauen Schweiz. Sie folgt auf die zurückgetretene Béatrice Stucki.

PARTEITAGE 2022

Die Parteitage der SP Kanton Bern fürs nächste Jahr wurden festgelegt:

- 2.03. 19.00–21.00 Uhr, Parteitag in Bern
- 18.08. 10.15–14.00 Uhr, Parteitag in Biel
- 2.11. 19.00–21.00 Uhr, Parteitag in Bern

AGENDA 2021

- **Mittwoch, 10. November**
Parteitag in Bern
- **Sonntag, 28. November**
Abstimmungen

RICHTERINNENPOOL ERNEUERN

Die SP Kanton Bern führt einen RichterInnenpool für interessierte Juristinnen und Juristen, die sich eine Stelle als RichterIn vorstellen können.

Interessierte SP-Mitglieder, die sich mittel- oder langfristig für eine Stelle am Ober-, Verwaltungs-, Zwangsmassnahmen-, Wirtschaftsstraf-, Jugend-, Regionalgericht oder bei der regionalen Schlichtungsbehörde bewerben möchten, melden sich bei Sonja Walther, SP Kanton Bern, per E-Mail: sonja.walther@spbe.ch, Tel. 031 370 07 84.

Ueli, der Bundesrat

Eigentlich ist er zu bedauern, der Ueli. Da wird der bedauernswerte Mann gezwungen so ein scheussliches übergrosses Freiheits-trychler Shirt zu tragen – wir kennen das ja von Jungesellinnenpartys, wo wir die selbst gemalten T-Shirts nur deshalb anziehen, weil wir es uns entweder auf keinen Fall mit der bissigen Trauzeugin verscherzen wollen oder weil wir schon so betrunken sind, dass wir den zweideutigen Spruch, den wir auf unserer Brust spazieren führen, tatsächlich für geistreich und witzig halten.

Möglich war bei Ueli Maurer das mit dem T-Shirt aber nicht so ganz unfreiwillig. Warnte er doch in einer Rede, davor dass das Land von Experten regiert werde. Wir hätten keine Coronakrise, sondern eine Führungskrise, verkündete er seinen Anhängern –

Rote Feder



ganz so, als hätte sich das Coronavirus schon verduftet, wenn man es nur energisch genug dazu aufgefordert hätte. Und weil das immer noch nicht schwurblerisch genug war, attestierte er dem Bundesrat einen Machtrausch.

Armer Ueli! Man will ihm direkt tröstend über den spärlichen Haarkranz streicheln. Ihm versprechen, dass man ihn vor dem bösen Alain Berset beschützen wird, wenn der mal wieder den lächerlichen Gedanken verfolgen sollte, möglichst viele Menschen vor einem potenziell tödlichen Virus zu beschützen. Aber vor allem will man ihn an sein Herz drücken, ihn durchknuddeln und ihn dann behutsam klarmachen, dass wir gar nicht von Experten regiert werden können. Schliesslich ist er dabei.

Désirée Fessler, Vorstandsmitglied
SP Oberaargau

BLEIB AUF DEM LAUFENDEN UND FOLGE UNS AUF DEN SOZIALEN MEDIEN



@spbern



@spkantonbern



@spkantonbern